

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST



Atomkraft -Nein, danke!
mehr auf Seite 2

Studienfinanzierung
mehr auf Seite 3

Newsletter des Juso-Unterbezirks Braunschweig - November 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangenen Monate waren sehr ereignisreich. Schockiert mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die rechtsextremen Faschisten in Braunschweig wieder Fuß fassen wollen. Der Angriff auf das Braunschweiger Falkenzentrum SUB verachten wir im gleichen Maß wie den Versuch der Nazis im nächsten Sommer in Braunschweig zu marschieren. Wir werden alles daran setzen, dass ihr menschenverachtendes Gedankengut hier keinen Einzug erhält.

Dazu trägt unser Titelthema genauso bei, wie die gemeinsame Aktivität mit anderen Organisationen im Braunschweiger Bündnis gegen Rechts. Deshalb richtet sich unser Appell in dieser Ausgabe insbesondere an alle demokratischen Organisationen, sich an der Bündnisarbeit zu beteiligen.

Weitere Themen in dieser Ausgabe sind unter anderem eine Stellungnahme zur – aus unserer Sicht unsäglichen – Integrationsdebatte der vergangenen Wochen und eine Rückschau auf die Anti-AKW-Demonstrationen. Außerdem möchten wir euch einen Ausblick auf die im nächsten Jahr stattfindenden Kommunalwahlen geben sowie eine Bewertung zum schwarz-gelben Studienfinanzierungsmodell geben.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Eure FAUST-Redaktion!

Nazi-Aufmarsch stoppen!

Am 4. Juni 2011 soll ein Nazi-Aufmarsch in Braunschweig stattfinden. Wir alle sollten gegen die Rechtsextremisten demonstrieren und uns den Nazis geschlossen entgegen stellen. Lasst uns klar machen, dass Braunschweig keine rechte Hetze und die dahinterstehenden Schwachköpfe duldet!

Angemeldet wurde der Aufmarsch durch bekannte Rechtsextreme aus der Region Braunschweig und wird unter anderem von der Braunschweiger Nazikameradschaft „Burschenschaft Thormania“ unterstützt. Diese war schon auf zahlreichen Nazi-Aufmärschen vertreten und stand außer-

dem mit dem Überfall auf das Falkenzentrum SUB im Juli 2010 in Zusammenhang.

Der Aufmarsch läuft unter dem Motto „Tag der Deutschen Zukunft“ und ist Teil einer Kampagne der rassistischen Initiative „Zukunft statt Überfremdung“. Diese richtet sich gezielt gegen die kulturelle Vielfalt in Deutschland. So ist in dem Aufruf der Nazis von „Gettos in Braunschweig“ die Rede, in die sich „Deutsche“ nicht mehr hinein trauen. Es wird bewusst gegen bestimmte Bevölkerungsteile gehetzt, um die Menschen gegeneinander aufzubringen. Am 4. Juni 2011 wollen sie dann ihren rassistischen Wahn in Braunschweig verbreiten, es liegt an uns Braun-

schweigerinnen und Braunschweigern ein klares Signal zu setzen und uns den Nazis entgegenzustellen.

Schon im Jahre 2003 und 2005 kam es in Braunschweig zu Aufmärschen der NPD. Sicherlich ist uns allen der Nazi-Aufmarsch von 2005 im Gedächtnis geblieben, als über 3000 Menschen ihren

Unmut über den Nazi-Aufmarsch laut machten. Als sich Gegendemonstranten den Nazis in den Weg stellten, setzten die politisch Verantwortlichen auf Eskalation und so kam es zu Wasserwerfereinsätzen und der Einkesselung von zahlreichen Gegendemon-

stranten. Man versuchte, mit Gewalt den Nazis ihr Demonstrationsrecht zu gewähren. Anders verlief es im Jahre 2003, als der zuständige Polizeipräsident den Aufmarsch der Nazis abbrechen ließ, da ein Durchkommen unmöglich war.

Beginnen soll der Nazi-Aufmarsch um 12 Uhr am Braunschweiger Hauptbahnhof. Zahlreiche Protestaktionen werden schon geplant. Informieren könnt ihr euch darüber unter :

www.jusos-braunschweig.de

oder unter:

www.buendnisgegenrechts.net



Quelle: Bündnis gegen Rechts

Moritz Zimmer

Einfach mal reinklicken:

www.jusos-bs.de  **jusos** stadt **braunschweig**

Über den Willen zur Integration

Ein Kommentar von Nadine Hermann

Nach den unsäglichen Vorwürfen im Sommer, ein Großteil der Hartz IV-EmpfängerInnen würde ihre Sozialleistungen, anstatt für ihre Kinder, für Zigaretten und Alkohol ausgeben, hat eine weitere auf Vorurteilen basierende Debatte Einzug in die Medien und damit in die Gesellschaft erhalten. Zuwanderung führe zu „Überfremdung“ und Schuld sei der mangelnde Integrationswille von Migrantinnen und Migranten. Dies sind Behauptungen mit denen aktuell die Integrationsdebatte geführt wird.



Wenn wir schon über Integration reden, dann muss auch der eigenen Blick auf das Thema kritisch hinterfragt werden. Ist es integrativ, Menschen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu bewerten und ihre Würde völlig außer Acht zu lassen? Kann mensch Integration fordern, aber gleichzeitig nicht Willens sein, andere Kulturen zu akzeptieren? Ist es integrativ, den Generalverdacht der Terrorgefahr für Muslime zu verhängen? Nein. In diesem Kontext stellt sich sogar die Frage, wer eigentlich Integration verweigert. Die Angst vieler BürgerInnen vor der anderen Kultur baut dabei leider mehr Schranken als Brücken auf.

Fakt ist, dass Schuldzuweisungen nicht nur die Fortschritte in der Integration behindern, sondern die Gesellschaft auseinander treiben. Integration ist schließlich keine Einbahnstraße, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen von einem WIR und IHR zu einem gemeinsamen multikulturellen WIR zu finden und respektvoll miteinander umgehen. Integration ist nicht dem Bestehen von Einbürgerungstests erreicht, sondern wenn alle die gleichen Chancen zur Partizipation am gesellschaftlichen Leben haben. Dabei kann kommunale Mitbestimmung ein wichtiger Beitrag zur gemeinsamen Identität sein. Integration ist erreicht, wenn alle Menschen gleich frei und solidarisch miteinander leben.

Atomkraft – Nein danke! Proteste gehen weiter!

Die Bundesregierung legte Anfang September ihr Energiekonzept vor: Schwarz-Gelb bricht damit den im Jahr 2000 mit den Energiekonzernen vereinbarten Atomkonsens, bereits im Jahre 2022 aus dem Atomzeitalter auszusteigen. Sie möchte die deutschen Atomkraftwerke durchschnittlich 12 Jahre länger laufen lassen. Selbst ältere Pann-Atommeiler dürfen nach dem Willen von schwarz-gelb rund 8 und jüngere rund 14 Jahre länger am Netz bleiben.

Für uns ist die geplante Laufzeitverlängerung ein umwelt- und energiepolitischer Gau. Ganz unbeachtet von der Endlagerproblematik wird die Monopolstellung der vier großen Energiekonzerne durch die Verlängerung der Restlaufzeiten weiter ausgebaut. „Die Folgen mag sich noch keiner ausrechnen, denn durch die Pläne der Bundesregierung werden erneuerbare Energien sowie Energieversorger vor Ort nun mindestens bis ins Jahre 2040 mit der subventionierten Atomenergie konkurrieren“, so William Labitzke, umweltpolitischer Sprecher der Jusos.

Damit schafft sich schwarz-gelb ein weiteres Problem: Wie und wo soll der neu



Jusos bei der Anti-Atomkraft-Demo in Berlin

anfallende Atommüll für Jahrtausende sicher gelagert werden? Gerade hier sind wir als Atom-Klo der Republik betroffen. Dass nun die letzten Atomkraftwerke erst 2040 abgeschaltet werden, bedeutet für unsere Region nur eins: Es wird wohl mehr Atommüll als geplant im Schacht Konrad bei Salzgitter eingelagert. Ob die Einlagerung des nun neu anfallenden Atommülls genehmigt werden kann, ist noch ungewiss. Nach den vielen Demonstrationen vor Ort gegen die Atomkraft sowie der bundesweiten Groß-Demo am 18. September in Berlin geht nun der „Heiße Herbst“ weiter! Die Jusos rufen alle zum Castor-Camp im November sowie zu den vielen Anti-Atom-Demos vor Ort auf! Denn „Atomkraft – nein danke!“
William Labitzke

Jusos Braunschweig starten erfolgreich in ihre Kampagne zur Kommunalwahl 2011!

Die Braunschweiger Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) starteten am 29. September ihre Kampagne „Kommunalwahlen 2011“ mit einer Auftaktveranstaltung. Ziel dieser Kampagne ist es, politische Forderungen an eine jugendgerechte Kommunalpolitik aufzunehmen und sie in das Wahlprogramm der SPD Braunschweig hineinfließen zu lassen.

Die Inhalte sollen – wie bei den Jusos gewohnt – aus den sechs inhaltlichen Arbeitskreisen basisdemokratisch hervorgehen. Jedoch sollen sich alle Jusos ebenfalls in die inhaltlichen Foren zur Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms, die von der SPD angeboten werden, mit einbringen. Ende Januar soll dann ein Juso-Wahlmanifest verabschiedet werden, welches schwerpunktmäßig vor allem die Themen „Mobilität“, „Freizeitangebote“, „Bildung in Braunschweig“, „Familienfreundliches Braunschweig“ sowie „Jugend AKTIV“ beinhalten wird. Das ergab eine interne Juso-Umfrage bei der Bestimmung der Themenvielfalt.

Zeitgleich soll bereits in den Gliederungen der Mutterpartei für die Juso-Forde-

rungen geworben werden. Dazu bezog der Juso-Vorsitzende Enrico Hennig wie folgt Stellung: „Wir müssen Genossinnen und Genossen bereits während dieser Phase für unsere jugendpolitischen Forderungen sensibilisieren, damit ein größtmöglicher Teil davon in das Wahlprogramm der SPD eingebracht werden kann.“ Laut Hennig sei es dazu unbedingt notwendig, in den Ortsvereinen und in den SPD-Foren aktiv mitzuarbeiten. Das Kommunalwahlprogramm der SPD Braunschweig wird im März 2011 auf einem ordentlichen Parteitag verabschiedet.

Im Anschluss daran wollen die Jusos eine Planung ihres Sommerprogramms starten, welches sich wieder durch eine hohe Aktivität auf der Straße auszeichnen soll. Die Jusos verständigten sich auf ihrer Auftaktveranstaltung darauf, dass der Kommunalwahlkampf sich überwiegend auf Inhalte – und nicht auf Personen – beziehen soll. Junge Genossinnen und Genossen, die auf eine personalisierte Unterstützung hoffen, müssen sich im Vorfeld durch ihre Juso-Aktivität auszeichnen.

Enrico Hennig

Elite-Stipendien statt BAföG für alle?

Mit ihrer „Reform“ stellt die Bundesregierung die Weichen falsch. Während die 10.000 besten Studierenden Elite-Stipendien in Höhe von 300 € im Monat erhalten, steigt der BAföG-Satz nur durchschnittlich um 13 €. Eine kritische Bilanz der „Reform“.

Grundungerechtigkeiten bleiben

Das BAföG bleibt an die Höhe des elterlichen Einkommens gebunden und ist damit nicht elternunabhängig. Wir Jusos wollen hingegen, dass das BAföG allen Studierenden offen steht und elternunabhängig wird. Damit wollen wir Ungerechtigkeiten aufbrechen: Denn wenn das elterliche Einkommen knapp über der willkürlich festgelegten Grenze liegt, haben Studierende nach der gültigen Rechtslage keinen Anspruch auf BAföG. Außerdem wollen wir durch die Elternunabhängigkeit des BAföGs jungen Menschen mehr Unabhängigkeit geben, um die finanzielle Anhängigkeit von ihren Eltern einzuschränken.

Für eine Handvoll Euros...

Durch die seit dem 1.10.2010 gültigen BAföG-Sätze steigt das BAföG der Stu-

dierenden durchschnittlich um 13 € pro Monat. Bei einer kritischen Betrachtung der Lebenssituation von Studierenden fällt sofort auf, dass sie zahlreichen finanziellen Belastungen wie Bücherkosten, Studiengebühren sowie den immer steigenden Lebenshaltungskosten (Kleidung, Nahrung, Strom) ausgesetzt sind. Damit steht fest, dass eine Erhöhung um monatlich 13 € die finanzielle Situation der BAföG-Beziehenden nicht wesentlich verbessert.

Elite statt Breitenförderung – Das Konzept der Bundesregierung...

Anstatt ein elternunabhängiges BAföG zu schaffen, fördert die Bundesregierung lieber gezielt die Elite. Die besten 10.000 Studierenden erhalten ein Elitestipendium in Höhe von 300 €. Die herrschenden Ungerechtigkeiten werden damit verstärkt, weil gerade finanziell besser gestellte junge Menschen ohnehin bessere Studienbedingungen haben und beispielsweise keine Nebenjobs wie Kellnern ausüben müssen. Hinter diesem Konzept zeigt sich das elitäre Gesellschaftsbild von CDU, CSU und FDP, da diese gezielt die kleine Elite fördern wollen anstatt Benachteiligung abzubauen.



Das BAföG-Amt der CDU.

Quelle: Juso-Hochschulgruppen

Die Macht der Lobby steigt

Stipendien sind keine sozialpolitische Wohltat, sondern dienen als Sprachrohr der Interessen von Wirtschaft und Parteien. Da sie interessegebunden sind, sind Stipendien grundsätzlich kritisch zu betrachten. Im Hinblick auf die Elitestipendien fällt auf, dass diese zu 50 % von privaten Sponsoren finanziert werden, die hier gezielt ihre Interessen kanalisieren und ihre Macht ausbauen.

Stefan Hillger



Gerecht weiterdenken: dafür stehen wir!

Bildung für alle!

Bildung muss allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen ab der Geburt zu ermöglichen. Lebenslanges Lernen ist ein wichtiger Grundstein der persönlichen Emanzipation.

Gleichstellung jetzt!

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Ungleichbehandlung und Unterdrückung gehören abgeschafft.

Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Deshalb fordern wir u.a. einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit und stärkere betriebliche Mitbestimmungsrechte.

Umwelt, Energie und Mobilität

Umweltpolitik ist für uns nicht nur eine ökologische und ökonomische Herausforderung, sondern auch eine soziale. Energie und Mobilität müssen auch in Zukunft allen Menschen nachhaltig zur Verfügung stehen.

Kampf gegen Rechts

Wir stellen uns gegen jede Art von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit! Wir kämpfen entschieden gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

Internationale Solidarität

Für uns als internationalistischer Jugendverband ist internationale Solidarität eine Verpflichtung, die sich Tag für Tag in unserer Arbeit wiederfindet.

Hast du Interesse, bei uns mitzumachen oder Informationen von uns zu erhalten?

Name: _____

Alter: _____

Beruf: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

E-Mail: _____

Ja, ich möchte Juso-Mitglied werden.

Ja, ich habe Interesse an Juso-Informationen per Post.

Ja, ich möchte den Juso-Email-Newsletter erhalten.

Bei Interesse Abschnitt abgeben bei: Jusos in der SPD, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig oder E-Mail an: info@jusos-bs.de

Generationswechsel eingeläutet

Jusos Braunschweig wählen neuen Vorstand

Das Jahr 2010 ist für die Jusos in Braunschweig ein Jahr des Abschieds, der zugleich den Start in eine neue, vielversprechende Zukunft bedeutet. Nach einer Amtszeit von fünf Jahren als Vorsitzender der Jusos in Braunschweig, stellte sich William Labitzke im Sommer auf der Juso-Unterbezirkskonferenz nicht erneut zur Wahl. Als neuer Vorsitzender wurde der 23-jährige Jungsozialist Enrico Hennig gewählt.

Neben fünf inhaltlichen Beschlüssen, fanden auf dem „Juso-Parteitag“ die Wahlen zum Juso-Unterbezirksvorstands statt. Als neuer Vorsitzender wurde Enrico Hennig gewählt. Der 23-jährige Student der Wirtschaftswissenschaften forderte in seiner Antrittsrede einen „Stop des



Der neue Juso-Vorstand: (v.l.n.r.) Enrico Hennig, Kerstin Maack, Moritz Zimmer, Nadine Hermann, Nick Neddermeier

Sozialabbaus“ im neoliberalen Zeitalter: „Die Politik der SPD muss wieder die sozialdemokratischen Grundwerte ins Zentrum ihrer Politik stellen.“ Er kritisierte in diesem Bezug: „Denn im Regierungshandeln ist

die SPD teilweise dem neoliberalen Mainstream der reinen Angebotsorientierung in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gefolgt. Alle Jusos sind daher dazu aufgefordert, sich an dem Erneuerungsprozess unserer Mutterpartei zu beteiligen“, so Hennig.

Als KassiererIn steht Hennig die 27-jährige Nadine Hermann zur Seite. Des Weiteren wurde Moritz Zimmer (18 Jahre) im Amt des stellvertretenden Vorsitzenden sowie als Delegierter für den Unterbezirksausschuss der SPD bestätigt. Als neue stellvertretende Vorsitzenden komplettieren Kerstin Maack (28) und Nick Neddermeier (16) den neuen Juso-Vorstand, dessen Altersschnitt von fast 26 auf knapp 22 Jahren zurückgeht. Raphaela Nieder

Interview mit Juso-Vorsitzenden Hennig

FAUST: Wie bist du zu den Jusos gekommen?

Enrico Hennig: Ich war schon zu meiner Schulzeit politisch interessiert, ohne mich jedoch auf eine Partei oder Jugendorganisation festzulegen. Während meiner Ausbildungszeit habe ich mich dann mit allen politischen Jugendorganisationen beschäftigt und fand bei den Jusos die meisten Überschneidungen. Aktiv wurde ich letztlich durch die Mindestlohnkampagne der SPD im Jahr 2007.

FAUST: Ist die Jugend aus deiner Sicht politikverdrossen?

Nein, das sieht man aktuell deutlich anhand der Aktivität der Jugend an Großdemonstrationen gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken oder Stuttgart 21. Vielmehr zeichnet es sich ab, dass die Jugend zunehmend parteipolitikverdrossen wird. Wenn es die etablierten Parteien nicht schaffen, ihre Strukturen zu öffnen und der Zeit anzupassen, wird dies katastrophale Folgen für deren gesellschaftliche Akzeptanz haben. Dies gilt insbesondere für die SPD.

FAUST: Welche Rolle spielen die Jusos in der SPD?

Zunächst ist es unser vorrangigstes Ziel die SPD von innen heraus zu gestalten. Als linkes, reines und soziales Gewissen in der SPD muss es darum gehen, den neoliberal geführten Kurs der arbeitge-

berfreundlichen Angebotsorientierung in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der zum Teil auch unter SPD-Regierungen umgesetzt wurde, kritisch zu hinterfragen. Darauf aufbauend müssen wir unserer Mutterpartei Alternativen aufzeigen, wie man Kernelemente klassischer sozialdemokratischer Aufgaben gegenwärtig wieder ins Zentrum unserer Politik stellen kann.

FAUST: Wo siehst du diesbezüglich Verbesserungspotentiale?

Wir müssen aufpassen, dass sich die Jusos nicht zu einer Parallelorganisation in der SPD entwickeln. Die Arbeit in den Juso-Arbeitskreisen ist genauso wichtig, wie die aktive Mitarbeit in den Ortsvereinen der SPD. Falls sich zukünftig nicht mehr aktive Jusos direkt in die SPD mit einbringen, werden die Jusos in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwinden.

FAUST: Wie sieht für die Jusos eine gerechte Gesellschaft aus?

Eine gerechte Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass alle Menschen frei, gleich und solidarisch miteinander leben können. Voraussetzungen für diese klassenlose Gesellschaft sind das Durchbrechen von patriarchalen Strukturen und nationalen Grenzen sowie die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Deshalb bezeichnen wir uns als demokratische SozialistInnen.

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt.

Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeuge Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 18:30 Uhr im Volksfreundhaus (Schloßstraße 8 im schönen Magniviertel). Noch Fragen?

Meldet Euch bei Enrico Hennig (info@jusos-bs.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter:

www.jusos-bs.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Juso-Unterbezirk Braunschweig
www.jusos-bs.de
Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-4809821
V.i.S.d.P.: Enrico Hennig
Redaktion:
Enrico Hennig, Nadine Hermann
Druck: Lebenshilfe Braunschweig
Auflage: 2.000 Exemplare